

A-1-062

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 9. Mai 2026 in Idar-Oberstein

Initiator*innen: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Verfahrensvorschlag: Modifizierte
Übernahme

Titel: **A-1-062: Lass weiter machen: in neuer Rolle
gegen den GroKo-Rückschritt in Rheinland-
Pfalz!**

Antragstext

Von Zeile 61 bis 62 einfügen:

Wahl ist für uns Auftrag, Vertrauen durch klare Lösungen und Ansprache wieder zurückzugewinnen.

[NEUE ÜBERSCHRIFT]

Friedensland Rheinland-Pfalz

[NEUES Kapitel, erster Absatz wie bisher fett!]

Auch wenn es angeblich kein Landesthema ist: Der Frieden weltweit ist so gefährdet wie nie seit dem 2. Weltkrieg. Und Rheinland-Pfalz ist als der „Flugzeugträger der USA“ mitten drin in den Ereignissen und damit auch heute schon mögliches Ziel der Angriffe und Eskalationen: Die einzig logische Folge: Von Rheinland-Pfalz müssen die notwendigen Initiativen ausgehen. Und die neue Regierung hat dazu keinerlei Ambitionen!

Mit dem Atomwaffenstützpunkt Büchel, den Luft-Drehkreuzen Spangdahlem und Ramstein sind drei Stellen heute bereits auf den Karten möglicher Angreifer als

Erstschlagsziele markiert. Das ist weder im Bewusstsein der Politiker*innen im Land noch der Bevölkerung. Ohne Panik zu verbreiten erfordert die Ehrlichkeit, auch darüber mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Und schnellstens Alternativen – auch mit Hilfe der grünen Bundes- und EU-Ebene zur Beilegung der brennendsten Kriege der Gegenwart anzugehen.

Bündnis 90/Die Grünen waren bei ihrer Gründung und danach lange Jahre DIE Friedenspartei Deutschlands. Durch den Russland/Ukrainekrieg haben wir diese Position grundlos „geräumt“, keine andere Partei hat sie seither besetzen können oder wollen. Dabei ist eine auf nachhaltigen Frieden ausgerichtete Politik – auch gerade für den Schutz und den Erhalt der Ukraine – unverzichtbar und alternativlos. Ein Dauerkrieg mit Russland ist genauso wenig eine akzeptable Alternative wie ein Dauerkrieg im Nahen Osten. Wir alle leiden unter den Folgen, nicht nur die Menschen vor Ort. Und wir alle sind bei einer drohenden Eskalation potentielle Opfer, nicht nur die kommenden Wehrpflichtigen.

Begründung

Hier auf die Bundesregierung oder gar die US-Regierung zu warten und zu hoffen, ist vergebene Zeit. Diese sind nicht in der Lage die Konflikte auch nur ausreichend zu analysieren, geschweige denn willens, an konkreten Lösungen zu arbeiten. Das macht das aber nicht überflüssig, sondern erhöht die Gefährdung durch die Verkürzung möglicher Handlungsfristen.

Unterstützer*innen

Judith Gondorf (KV Altenkirchen)